

KURZ & BÜNDIG

MIT DR. GESINE LÖTZSCH



AUTOBAHN

Es gab heftige Auseinandersetzungen im Deutschen Bundestag über die Zukunft der Autobahnen. Finanzminister Schäuble (CDU) wollte die Autobahnen privatisieren. Finanzinvestoren klagen schon seit Jahren, dass sie keine guten Geschäfte mehr machen. Sie haben ein Auge auf unsere Autobahnen geworfen.



Dr. Gesine Löttsch
MdB, DIE LINKE
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030/227 717 87

In Frankreich wurden die Autobahnen verkauft. Die privaten Eigentümer zocken die Autofahrer ab und machen damit ein unglaublich gutes Geschäft. So sollte es auch in Deutschland laufen. Auch der damalige Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) hatte anfänglich diese Pläne unterstützt.

A 100

Wir haben uns immer gegen den Weiterbau der A100 gewährt. Der Berliner Senat hat den Weiterbau der A100 nach Lichtenberg auf Drängen der LINKEN gestoppt. Die „Autobahn-GmbH“ wird auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger keine Rücksicht nehmen, wenn es nur noch um die Rendite der Finanzinvestoren geht.

In Frankreich freuen sich drei Konzerne über Mauteinnahmen. Sie erzielen Traumrenditen von 20-24 Prozent. Das ist gut für die Konzerne, aber schlecht für die Steuerzahler. Diesem Beispiel wollen wir nicht folgen. Keiner soll sich mit Krankenhäusern, Schulen, Universitäten und Straßen eine goldene Nasen verdienen.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ERREICHBAR

Doch massive Proteste haben eine schnelle Privatisierung verhindert. Selbst der Bundesrechnungshof stellte fest, dass es nicht die Aufgabe der Bundesregierung sei, sich um die Renditewünsche von Finanzinvestoren zu kümmern. Die SPD bekam kalte Füße und änderte ihre Pläne. Wenn sie jetzt behauptet, dass eine Privatisierung der Autobahnen ausgeschlossen sei, dann entspricht das nicht der Wahrheit. Das Autobahnnetz wird in eine private Rechtsform überführt. Es wird eine GmbH gegründet. Die Finanzinvestoren haben ihre Hoffnungen noch nicht begraben.

Sie wollen mit der Sanierung von Teilstücken der Autobahnen viel Geld verdienen. Bezahlen soll es dann der Steuerzahler. Sogar der Bundesrechnungshof hat darauf hingewiesen, dass sogenannte öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) um 40 Prozent teurer sind als öffentliche Projekte. Wir werden uns immer gegen den Verkauf von öffentlichem Eigentum wehren. Denn wenn alles öffentliche Eigentum verkauft ist, dann hat die Öffentlichkeit nichts mehr zu entscheiden.

Preisfrage

Welche Partei hat im Bundestag gegen die Privatisierung der Autobahnen gestimmt?

- CDU/CSU DIE LINKE SPD Bündnis90/Die Grünen

Die richtige Antwort bitte per E-Mail an gesine.loetzsch@bundestag.de
oder postalisch an: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Zu gewinnen gibt es eine Digitalkamera **Einsendeschluss:** 24.09.2017